

Nachbericht & Presseerklärung von Peter Koenen zur Einführung eines Bürgerrates in Krefeld

Krefelder Freunde - Lokale politische Gruppe

c/o Sabine Hoentzsch - 47798 Krefeld - Karlsplatz 24

25.03.2024

Die Krefelder Freunde - Lokale politische Gruppe - regen in einem Brief an den Rat der Stadt Krefeld an, in Krefeld einen permanenten „Bürgerdialog“ einzurichten. Da das Vertrauen in die öffentliche Beschlussfassung auf allen staatlichen und kommunalen Ebenen offensichtlich gelitten habe, könnte ein permanenter Bürgerdialog daran möglicherweise etwas ändern, meinen die „Krefelder Freunde“: Auf der einen Seite könnte dadurch die Beteiligung des Bürgers an der Politikgestaltung in der Stadt Krefeld ausgebaut und dauerhaft etabliert werden. Durch die verstärkte Einbindung der Bürger könnte auf der anderen Seite aber auch deren Verständnis für die politischen Entscheidungsprozesse gefördert werden.

Bevor die Krefelder Freude sich entschlossen, mit einer entsprechenden Anregung an den Rat der Stadt Krefeld heranzutreten, hat sich die lokale politische Gruppe eingehend mit dem Thema „Bürgerdialog/Bürgerrat“ befasst und sich über die Erfahrungen informiert, die mit Bürgerdialogen/Bürgerräten in anderen Regionen und Städten gemacht wurde. So hatten die Krefelder Freunde am 13.03.24 die Dienstleiterin des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (DG), Myriam Pelzer, aus der Landeshauptstadt Eupen des kleinsten belgischen Bundeslandes zu Gast, die die interessierten Krefelderinnen und Krefelder über das Konzept des „permanenten Dialoges“ der DG und die damit seit dem Jahre 2018/19 gemachten Erfahrungen informierte.

Der in dem in dem belgisch-deutschen Grenzland in der Nähe von Aachen etablierte Bürgerdialog bestehe aus dem „Permanente Bürgerrat“, der 24 Mitglieder habe, und aus der „Bürgerversammlung“, in der bis zu fünfzig Bürgerinnen und Bürger an der Beratung über relevante Themen der DG beteiligt seien. Während der „Permanente Bürgerrat“ für die Auswahl der Themen, die Vorbereitung der Bürgerversammlungen und die Nachverfolgung der von diesen ausgesprochenen Empfehlungen zuständig sei, obliege den Bürgerversammlungen, die zu jeweils einem Thema einberufen würden, die Erarbeitung von konkreten Empfehlungen zu den jeweiligen Themen.

Bisher habe es in der DG fünf Bürgerversammlungen gegeben, in den die Themen Pflege, Inklusion, Wohnen, Digitale Fähigkeiten und Integration behandelt worden seien. Die sechste Bürgerversammlung werde zurzeit thematisch vorbereitet. Wie die Bürgerrats-Expertin aus der DG erklärte, seien die bisherigen Erfahrungen mit dieser Form der direkten Bürgerbeteiligung durchaus positiv und hätten im Ergebnis auch zu einem besseren wechselseitigen Verständnis von Bürgerschaft sowie Politik und Verwaltung der DG geführt. Mit der Bildung eines Bürgerrates werde die Möglichkeit eröffnet, das Vertrauen der Bürger in die öffentliche Beschlussfassung zu festigen und somit letztendlich auch die demokratischen Institutionen zu stärken.

In der Zielsetzung, in Krefeld einen „Bürgerrat“ einzurichten, sehen sich die Krefelder

Freunde nicht nur durch die positiven Erfahrungen mit dem permanenten Bürgerdialog in Ostbelgien bestätigt, sondern auch durch den Abschlussbericht der vom Landtag Nordrhein-Westfalen eingesetzten Enquetekommission III zum Thema „Subsidiarität und Partizipation“ darin bestärkt. Denn darin werde ausgeführt, dass direktdemokratische Verfahren wichtige Ergänzungen der parlamentarischen Demokratie und eine Möglichkeit seien, die den einzelnen Menschen eine weitere Möglichkeit geben, das Lebensumfeld mitzugestalten sowie Interessen und Perspektiven in die politischen Entscheidung einzubringen. Insbesondere auf der kommunalen Ebene können laut Abschlussbericht über die zufallsgesteuerte Auswahl von Bürgerinnen und Bürgern beratende Gremien genutzt werden, um über die Arbeit der kommunalen Räte hinaus Ideen zu generieren, Probleme frühzeitig zu diskutieren, unterschiedliche Sichtweisen einzubinden und Problemlösungen zu erarbeiten.

Deshalb wollen die Krefelder Freunde, so Sabine Höntzsch, erreichen, dass auch in Krefeld ein „Permanenter Bürgerdialog“ etabliert wird, der in Anlehnung an die in anderen Städten/Regionen (z.B. Aachen, Leipzig) bereits eingerichteten Bürgerräte und unter Einbeziehung der dort damit gewonnenen Erfahrungen gebildet werden könnte. Eine Anregung gemäß Paragraph 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen soll dafür als „Initialzündung“ dienen. Darin heißt es: „Jede Einwohnerin oder jeder Einwohner der Gemeinde, die oder der seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde wohnt, hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen in Textform nach Paragraph 126b des Bürgerlichen Gesetzbuches mit Anregungen oder Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Rat oder die Bezirksvertretung zu wenden. Die Zuständigkeiten der Ausschüsse, der Bezirksvertretungen und des Bürgermeisters werden hierdurch nicht berührt.“

Die Erledigung von Anregungen und Beschwerden kann der Rat einem Ausschuss übertragen. Der Antragsteller ist über die Stellungnahme zu den Anregungen und Beschwerden zu unterrichten.“

Sabine Höntzsch: „Unsere Anregung lautet: Der Rat der Stadt Krefeld möge einen permanenten Bürgerdialog mit Bürgerrat und Bürgerversammlung in Krefeld einrichten.“ Darüber müsse nunmehr nach Paragraph 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen der Rat der Stadt Krefeld oder ein von ihm beauftragter Ausschuss beraten und entscheiden.

Eine Grafik zum Thema „Bürgerdialog/Bürgerrat“ der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens ist beigefügt.